

Rechtsschutz-Versicherung für Vereine



Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2019

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz für Vereine v.1"

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich?

Diese Police versichert den Rechtsschutz, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten in den unten aufgeführten Fällen notwendig sind.



Was ist versichert?

- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten/Zu widerhandlungen
- ✓ Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten
- ✓ Beantragung von Schadenersatz für Personen- und/oder Sachschäden aus unerlaubter Handlung Dritter
- ✓ Abwehrkosten
- ✓ Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit
- ✓ Einsprüche gegen die öffentliche Verwaltung infolge von Löschung oder ausbleibender Eintragung des Versicherungsnehmers aus bzw. ins Verzeichnis der Vereine
- ✓ Amtshaftung
- ✓ Sicherheitspaket

Die Police sieht folgende Höchstbeträge pro Schadensfall /pro Versicherungsjahr vor:

- € 5.000 / € 30.000
- € 10.000 / € 50.000
- € 20.000 / € 80.000
- € 30.000 / € 90.000
- € 40.000 / € 120.000
- € 50.000 / € 150.000

Vertragsstreitigkeiten mit Kunden (Optional)
Geschäftsstellen / Immobilien des
Versicherungsnehmers (Optional)



Was ist nicht versichert?

- ✗ Steuer- und Verwaltungssachen
- ✗ die Bezahlung von Geldstrafen, Geldbußen und Sanktionen im Allgemeinen
- ✗ Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme und dem Eigentum oder dem Lenken von Fahrzeugen zu Land, Wasser oder Luft;
- ✗ vorsätzlich begangene Straftaten der Versicherten, es sei denn, es ist in den Versicherungsbedingungen vorgesehen;
- ✗ Streitigkeiten zwischen Versicherten
- ✗ Sachverhalte im Zusammenhang mit Fusionen, Veränderungen oder Umstellungen von Gesellschaften
- ✗ Vertragsstreitigkeiten mit Kunden wegen Nichterfüllung einer der Parteien bzgl. Dienstleistungen oder Warenlieferungen, die vom Versicherungsnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit erbracht werden
- ✗ Kaufverträge für und Inzahlungnahme von Immobilien
- ✗ Streitigkeiten aus der Ausübung des Ärztberufs oder anderer Gesundheitsberufe

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Ausschlüsse findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

- ! Es ist eine Karenzzeit von 90 Tagen für Vertragsstreitigkeiten vorgesehen. Während dieser Zeit gilt die Police nicht für diese Art von Streitigkeiten.
- ! Der Versicherungsschutz Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit wird nur für die Anwaltskosten zur Abfassung der Beziehungsschrift und mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 1.000 gewährt.

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Einschränkungen findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Wo gilt der Versicherungsschutz?

- ✓ Sie sind versichert:
 - in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten bei Strafverteidigung, bei Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten und bei der Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter;
 - in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino bei Amtshaftung, bei Streitigkeiten in Verwaltungssachen und bei Vertragsstreitigkeiten mit Kunden;
 - in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein, wenn es um die Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit, um Vertragsstreitigkeiten in Arbeitssachen, mit Lieferanten, mit den Versicherungsgesellschaften und um dingliche Rechte geht.
- ✓ Nicht versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die außerhalb der genannten Länder eintreten.



Welche Pflichten habe ich?

Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.



Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie muss bei Ausstellung der Police und bei deren Verlängerung bezahlt werden. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienerrhöhung um 4% mindestens aber um € 5. In diesem Fall werden die Raten zu den halbjährlichen Fälligkeiten bezahlt. Bezahlen können Sie mit Bank- oder Postüberweisung, nicht übertragbarem Bank-, Zirkular- oder Postscheck, Posterslagschein, Postanweisung, Bargeld, Kredit- und Debitkarten.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie und eventuelle Zusatzleistungen bezahlt wurden; anderenfalls beginnt er um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr.



Wie kann ich die Police kündigen?

Wenn Sie den Vertrag kündigen wollen, schicken Sie die Kündigung mindestens 30 Tage vor Fälligkeit der Versicherung per Einschreiben an das Postfach 61 - 26100 Cremona (CR) oder per Fax.

Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Kündigungsfrist von mindestens 15 Tagen per Einschreiben mit Rückantwort, rechtlich gleichwertigen Mitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.



Rechtsschutzversicherung für Vereine

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden

Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz für Vereine V.1 "

Letzter veröffentlichter Stand dieses Dokuments 07/2019

Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden, damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, die vertraglichen Verpflichtungen und die Vermögenslage des Unternehmens besser verstehen kann.

Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Generalvertretung und Direktion für Italien: Verona, Viale del Commercio, 59, 37135. Tel.: 045 8290411 - Fax: 045 8290449. Internet: www.arag.it - E-Mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it
Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN ZULETZT GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2018.

Gesamtbetrag der Eigenmittel: € 451 Millionen, berechnet nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen (HGB) und nach den in Deutschland geltenden Bestimmungen.

- Anteil der Eigenmittel in Form von Gesellschaftskapital: € 100 Millionen;
- Anteil der Eigenmittel in Form nichtversicherungstechnischer Rücklagen: € 319 Millionen.

Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist auf der Webseite <https://www.arag.de/service/infos-und-news/blaetterkataloge/?catalog=arag-se-en-sfcr-2017> verfügbar.

Höhe der Solvenzkapitalanforderung (SCR): € 358 Millionen;

Höhe der Mindestkapitalanforderung (MCR): € 160 Millionen;

Höhe der anrechenbaren Eigenmittel: € 1.196 Millionen;

Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2018: 334,1 %. Dieser Index, berechnet auf der Grundlage der Bestimmungen über die angemessene Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (sog. Solvency II Richtlinie), ist das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und dem Solvency Capital Requirement (SCR), also jenem Kapital, das im Unternehmen vorhanden sein muss, um hohe, unerwartete Verluste ausgleichen und eine angemessene Sicherheit für die Versicherten gewährleisten zu können.

Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, zu dessen Verwendung die Gesellschaft von der deutschen Versicherungsaufsicht (BaFin) ermächtigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.

Was ist versichert?


Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die in den Informationen über das Versicherungsprodukt und dessen Leistungen geliefert werden. Das Ausmaß der Leistungsverpflichtung des Unternehmens hängt von den Höchstbeträgen ab, die mit dem Versicherungsnehmer vereinbart werden.


Welche Optionen / individuelle Gestaltungen sind möglich?


OPTIONEN MIT BEZAHLUNG EINER ZUSATZPRÄMIE (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)

Vertragsstreitigkeiten	Diese Zusatzbedingung gilt ausschließlich für den Versicherungsnehmer für Vertragsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Vereinstätigkeit in folgenden Fällen: 1. Arbeitsrechtliche Einzelstreitigkeiten mit den Personen, die ins Arbeitsbuch des Versicherungsnehmers eingetragen sind; 2. Vertragsstreitigkeiten mit Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen wegen vertraglicher Nichterfüllung seitens des Versicherungsnehmers oder der Gegenpartei;
-------------------------------	---


	<p>3. Vertragsstreitigkeiten mit den Versicherungsgesellschaften bezogen auf von dem Verein abgeschlossene Versicherungspolice;</p> <p>4. Vertragsstreitigkeiten mit Kunden, einschließlich Beitreibung von Forderungen, im Zusammenhang mit der Lieferung von Gütern oder der Erbringung von Dienstleistungen durch den Versicherungsnehmer, beschränkt auf 2 außergerichtliche Streitfälle, die pro Versicherungsjahr eintreten.</p>
Geschäftsstellen / Immobilien	<p>Die Zusatzbedingung "Geschäftsstellen/Immobilien" kann für bis zu 5 Geschäftsstellen/Immobilien erworben werden, wobei in der Police die vollständige Adresse anzugeben ist.</p> <p>Die versicherten Geschäftsstellen oder Immobilien müssen Eigentum des versicherungsnehmenden Vereins sein oder direkt von diesem genutzt werden und müssen sich in Italien befinden.</p>


 Was ist NICHT versichert?	
Ausschlüsse	<p>Neben den in der Produktinformation bereits genannten Ausschlüssen, besteht kein Versicherungsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht; • für Ereignisse, die in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen stehen; • für Streitigkeiten um Patent-, Marken-, Urheber-, Exklusivrechte, unlauteren Wettbewerb; • für nicht zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung; • für Streitigkeiten über Miete, Eigentum, Verwendung und Werklieferungs- oder Weitervergabeverträge im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, der Umstrukturierung und dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der damit zusammenhängenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen; • bei Beitritt zu einer Sammelklage (Class action); • für Streitigkeiten mit der Gesellschaft; • für Strafverteidigung wegen Missbrauchs Minderjähriger; • für Streitigkeiten zwischen dem Versicherungsnehmer und Versicherten über die Zahlung der Mitgliedsbeiträge.


 Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?	
<p>Neben den in der Produktinformation bereits genannten Einschränkungen, sieht die Versicherung folgende Deckungsgrenzen vor:</p> <p>Amtshaftung, Rechnungshaftung und Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder für Verfahren vor dem Rechnungshof: Die Gesellschaft streckt dem Versicherungsnehmer die Anwaltskosten bis zu maximal € 5.000 vor, solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht.</p> <p>Im Rahmen des Sicherheitspakets ist die Leistung für die Einlegung von Einspruch/Rechtsmitteln gegen verwaltungsbehördliche Verfügungen oder Sanktionen, Geldstrafen oder sonstige Sanktionen, in Höhe von mindestens € 250 wirksam.</p> <p>Zusatzbedingung "Vertragsstreitigkeiten":</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vertragsstreitigkeiten mit Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen wegen vertraglicher Nichterfüllung, seitens des Versicherungsnehmers oder der Gegenpartei, sofern der Streitwert über € 200 liegt. - Vertragsstreitigkeiten mit den Versicherungsgesellschaften bezogen auf von dem Versicherungsnehmer abgeschlossene Versicherungspolice, sofern der Streitwert über € 500 liegt. <p>Die Versicherung sieht ausdrücklich Regressmaßnahmen gegenüber dem Versicherungsnehmer/Versicherten für die Beträge vor, die von der Gesellschaft getragen oder vorgestreckt wurden, sofern sie von der Gegenpartei ersetzt werden.</p>	

 Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat das Unternehmen?	
Was ist im Schadensfall zu tun	<p>Schadensmeldung: Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, und auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist. Der Versicherte kann neue Schadensfälle melden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • per E-Mail an die Adresse denunce@arag.it unter Verwendung der Vorlage, die auf der Webseite www.arag.it verfügbar ist; • auf dem normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR);

	<ul style="list-style-type: none"> per Fax an die Nummer +39 045.8290 557. <p>Für die anschließende Schadenbearbeitung (Schriftwechsel bezüglich bereits eröffneter Schäden), kann er die E-Mail-Adresse sinistri@arag.it, die Fax-Nummer +39 045.8290 449 und den normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR) verwenden.</p> <p>Die Schadensmeldung muss bei der Gesellschaft spätestens 24 Monate nach Beendigung des Vertrages eingehen.</p> <p>Direkte Betreuung/Betreuung unter Rahmenvereinbarungen: Einige Leistungen können für den Versicherten direkt von Sachverständigen oder Anwälten erbracht werden, die mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.</p> <p>Schadenbearbeitung durch andere Unternehmen: Die Schadenbearbeitung wird nicht an andere Gesellschaften abgegeben.</p> <p>Verjährung: Das Recht auf die Schadensmeldung verjährt in 2 Jahren ab dem Tag, an dem sich der Vorfall, aus dem sich der Anspruch ergibt, ereignet hat.</p>
Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen	<p>Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.</p> <p>Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.</p> <p>Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.</p>
Pflichten des Unternehmens	ARAG zahlt die versicherten Kosten innerhalb von 30 Tagen ab Festlegung des geschuldeten Betrags.

 Wann und wie muss ich bezahlen?	
Prämie	<ul style="list-style-type: none"> Die Bezahlung muss mit den von den geltenden Bestimmungen zugelassenen Zahlungsmitteln erfolgen. Die Prämie und der Höchstbetrag sind an keinen Index gebunden. Die für die Versicherung bezahlte Prämie unterliegt dem derzeit gültigen Steuersatz in Höhe von 21,25% der Jahresprämie. Die Möglichkeiten einer Ratenzahlung und die entsprechenden wirtschaftlichen Bedingungen sind in der Produktinformation beschrieben. Es ist keine Verwendung von Multilevel-Marketing-Techniken vorgesehen.
Erstattung	Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

 Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?	
Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr. Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten: während der Laufzeit der Police, sofern es sich um die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden, um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter, um Strafverfahren, um Berufung oder Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen sowie um Verfahren wegen Amtshaftung handelt; in allen anderen Fällen 3 Monate nach Vertragsbeginn.
Aussetzung	Die Möglichkeit einer Aussetzung der Versicherungsleistungen ist nicht vorgesehen.

 Wie kann ich die Police kündigen?	
Sinnesänderung nach Abschluss	Es ist kein Widerrufsrecht nach Vertragsabschluss vorgesehen.
Lösung	Es sind keine Fälle der Vertragslösung vorgesehen.

 An wen wendet sich dieses Produkt?	

Kunde ist der Verein.



Welche Kosten muss ich tragen?

Der Anteil, der im Durchschnitt von dem Versicherungsunternehmen an die Vermittler abgetreten wird, belief sich nach den buchhalterischen Aufzeichnungen im Geschäftsjahr 2018 auf 27,40 % der Nettoprämie.

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?

Bei der Versicherungsgesellschaft	<p>Eventuelle Beschwerden müssen schriftlich bei der zuständigen Funktion der Gesellschaft eingereicht werden: ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia – Servizio Reclami, Viale del Commercio 59 – 37135 Verona VR, Fax +39 045.8290499, E-Mail servizio.reclami@arag.it. ARAG ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde zu antworten. Beschwerden über das Verhalten der Agenten und deren Angestellten/Mitarbeiter, deren sie sich zur Versicherungsvermittlung bedient, wird ARAG innerhalb der Maximalfrist von 45 Tagen direkt bearbeiten. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls zusätzliche Ermittlungen notwendig sind. Beschwerden über das Verhalten anderer Vermittler (Banken und Broker) sowie deren Angestellter/Mitarbeiter, können direkt an diese gerichtet werden und müssen auch von diesen selbst bearbeitet werden. Erhält ARAG Beschwerden dieser Art, wird sie diese an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.</p>
Bei der Aufsichtsbehörde	<p>Sollte der Kunde mit dem Ergebnis seiner Beschwerde nicht zufrieden sein oder sollte er innerhalb der vorgesehenen Maximalfrist keine Antwort erhalten, kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden: IVASS, Via del Quirinale 21 - 00187 Rom, Fax 06.42133206, pec: ivass@pec.ivass.it . Info unter: www.ivass.it</p> <p>Es sei darauf hingewiesen, dass ARAG SE ihren Geschäftssitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat (Deutschland) hat und in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig ist. Sie untersteht deshalb der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an die eventuelle Beschwerden gerichtet werden können.</p>
VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:	
(obligatorische) Mediation	Anrufung einer Mediationsstelle, die in der entsprechenden Liste des Justizministeriums aufgeführt ist, die auf der Webseite www.giustizia.it verfügbar ist. (Gesetz 9/8/2013, Nr. 98)
Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung	Durch Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei der Gesellschaft.
Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten	<p>Die Gesellschaft verpflichtet sich, sowohl bei der Angebotsstellung, als auch bei der Vertragsabwicklung Vorgänge zu vermeiden, bei denen sie einen direkten oder indirekten Interessenskonflikt hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer, bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben können.</p> <p>Zur Lösung grenzüberschreitender Streitfragen zwischen einem Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer eines Mitgliedsstaates und einem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat, kann der in Italien ansässige Beschwerdeführer seine Reklamation einreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">- bei der IVASS, die sie an die für die außergerichtliche Beilegung zuständige ausländische Stelle weiterreicht, den Beschwerdeführer darüber informiert und ihm dann die Antwort mitteilt;- direkt bei der zuständigen Stelle des Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem das betroffene Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat (die Stelle ist auf der Webseite http://www.ec.europa.eu/fin-net angegeben), wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, eines Netzes zur Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. HOME INSURANCE). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN.



Rechtsschutzversicherung für Vereine

Versicherungsbedingungen einschließlich Glossar

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz für Vereine v. 1" Stand.07/2019

Glossario

Ai seguenti termini la Società ed il Contraente attribuiscono convenzionalmente questi significati:

Anno assicurativo: periodo di tempo pari a 365 giorni, o a 366 giorni in caso di anno bisestile, che decorre dalla data di stipula della polizza.

Arbitrato: istituto con il quale le parti, di comune accordo, rinunciano ad adire l'Autorità giudiziaria ordinaria per la risoluzione di controversie concernenti l'interpretazione o l'esecuzione del contratto.

Assicurato: soggetto il cui interesse è protetto dall'assicurazione.

Controparte: la parte avversaria in una controversia.

Contraente: soggetto che stipula la polizza assicurativa.

Danno di natura contrattuale: danno dovuto ad un inadempimento o violazione di una obbligazione assunta tramite un contratto scritto o verbale.

Danno extracontrattuale: danno ingiusto conseguente a fatto illecito.

Delitto colposo: è solo quello espressamente previsto come tale (e a tale titolo contestato) dalla legge penale e commesso per negligenza, imperizia, imprudenza o inosservanza di leggi, ma senza volontà né intenzione di causare l'evento lesivo.

Delitto doloso: qualsiasi delitto all'infuori di quelli espressamente previsti dalla legge come colposi o preterintenzionali.

Derubricazione del reato: qualificazione giuridica del reato diversa da quella inizialmente enunciata nell'imputazione (per esempio da doloso a colposo).

Diritti reali: è un diritto che conferisce un potere assoluto ed immediato su una cosa.

Disdetta: atto con il quale viene comunicata l'intenzione di non rinnovare più, alla scadenza, la polizza assicurativa.

Fase giudiziale: fase nella quale ci si rivolge all'Autorità giudiziaria per definire una controversia.

Fase stragiudiziale: fase della controversia nella quale non ci si è ancora rivolti all'Autorità giudiziaria, perché si sta tentando una possibile definizione bonaria della vertenza.

Ivass (precedentemente denominato Isvap): Istituto per la Vigilanza sulle assicurazioni

Massimale per sinistro: somma massima liquidabile dalla Società per ogni sinistro denunciato limitatamente agli oneri previsti dalla polizza assicurativa.

Massimale per anno assicurativo: somma massima liquidabile dalla Società per i sinistri insorti nello stesso anno assicurativo, anche se denunciati in momenti diversi, limitatamente agli oneri previsti dalla polizza assicurativa.

Mediazione: istituto giuridico introdotto con il Decreto Legislativo n. 28 del 4 marzo 2010, per la composizione dei conflitti tra soggetti privati relativi a diritti disponibili

Negoziante assistita: accordo disciplinato dal Decreto Legge n. 132 del 12 settembre 2014, mediante il quale le parti convengono di cooperare in buona fede e con lealtà per risolvere in via amichevole la controversia tramite l'assistenza di avvocati iscritti all'albo.

Organismo di mediazione: le procedure di mediazione possono essere gestite solo dagli organismi pubblici e privati iscritti a un apposito Registro presso il Ministero della giustizia. I requisiti e le modalità di iscrizione sono disciplinati in uno specifico decreto ministeriale.

Perito: libero professionista incaricato dall'impresa di assicurazione di stimare l'entità del danno subito dall'assicurato o, nelle assicurazioni della responsabilità civile, dal terzo danneggiato in conseguenza di un sinistro.

Polizza: il documento contrattuale che disciplina i rapporti tra Società, Contraente e Assicurato composto dalle Condizioni di Assicurazione

Premio: somma dovuta alla Società dal Contraente a corrispettivo dell'assicurazione.

Querela: azione per mezzo della quale una persona che si ritiene offesa o danneggiata da reati non perseguibili d'ufficio chiede agli organi giudiziari di procedere contro il colpevole.

Reato: violazione di norme penali. I reati si distinguono in delitti o contravvenzioni e comportano pene diverse, detentive e/o pecuniarie (per delitti: reclusione, multa; per contravvenzioni: arresto, ammenda). I delitti si dividono poi, in base all'elemento soggettivo, in delitti dolosi, delitti preterintenzionali, delitti colposi, mentre nelle contravvenzioni la volontà è irrilevante.



Sentenza definitiva (decisione passata in giudicato): giudicato è il provvedimento ormai divenuto incontrovertibile, cioè non più assoggettabile ai mezzi ordinari di impugnazione, o perché è scaduto il termine per poterlo fare, o perché sono già state esperite tutte le impugnazioni possibili. Quindi il provvedimento passato in giudicato è caratterizzato dall'incontrovertibilità della cosa giudicata, ovvero nessun giudice può nuovamente pronunciarsi su quella sentenza.

Sinistro: verificarsi dell'evento dannoso per il quale è prestata l'assicurazione.

Società: l'impresa assicuratrice **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Spese legali: onorari e diritti del patrocinatore ai sensi di legge.

Spese liquidate: spese spettanti all'avvocato definite dal giudice in sede di sentenza.

Spese peritali: somme spettanti ai periti nominati dal Giudice (C.T.U. Consulenti Tecnici d'Ufficio) o dalla parte (Consulenti Tecnici di Parte).

Spese di soccombente: spese liquidate dal giudice nel dispositivo della sentenza. Soccombente è la parte le cui pretese giuridiche non sono state riconosciute fondate dal giudice.

Spese di giustizia: spese del processo che in un procedimento penale il condannato deve pagare allo Stato. Nel giudizio civile, invece, le spese della procedura vengono pagate dalle Parti contemporaneamente allo svolgimento degli atti processuali e che a conclusione del giudizio il soccombente può essere condannato a rifondere.

Transazione: accordo con il quale le parti, facendosi reciproche concessioni, pongono fine ad una lite tra di loro insorta o la prevengono.

Tutela Legale: l'assicurazione Tutela Legale ai sensi del D.Lgs. 07/09/2005 n. 209 - Artt. 163/4 e 173/4 e correlati.

Valore in lite: determinazione del valore della controversia.



Condizioni di assicurazione

Art. 1 – Oggetto dell'Assicurazione

1. La Società assicura le spese legali, anche quando la vertenza venga trattata tramite il coinvolgimento di un organismo di mediazione o mediante convenzione di negoziazione assistita, peritali, le spese di giustizia, processuali e di indagine non ripetibili dalla controparte, occorrenti all'assicurato per la difesa dei suoi interessi, **nei casi indicati al successivo art. 18 - Prestazioni garantite e art. 20 – Condizioni Aggiuntive**. Sono garantite le spese per l'intervento di un **unico Avvocato** per ogni grado di giudizio e le eventuali spese di soccombenza poste a carico dell'assicurato. Sono inoltre garantite le spese dell'organismo di mediazione nei casi di mediazione obbligatoria e le spese dell'arbitro eventualmente sostenute dall'assicurato.
2. **Le operazioni di esecuzione forzata vengono garantite nel limite di 2 (due) tentativi per sinistro.**
3. **Le spese per la proposizione della querela saranno riconosciute solamente** qualora sia instaurato un procedimento penale nel quale la controparte sia rinviata a giudizio.
4. **Non sono oggetto di copertura le spese per la perizia tecnica e/o medico legale necessaria per valutare in via preventiva le possibilità di far valere con successo le pretese dell'assicurato verso compagnie di assicurazione.**
5. **Non sono oggetto di copertura assicurativa i patti quota lite conclusi tra l'assicurato e l'Avvocato.**
6. Nel caso in cui sia necessaria la domiciliazione, sono escluse le **indennità di trasferta e ogni duplicazione di onorari.**
7. **L'assicurato è tenuto ad assumere a proprio carico gli oneri fiscali, le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al sinistro, al premio e/o alla polizza.**
8. **La lingua italiana è quella che fa fede ai fini della presente polizza.**

Art. 2 – Indicazioni e dichiarazioni. Aggravamento e diminuzione del rischio

1. **Le dichiarazioni inesatte, le reticenze del contraente o dell'Assicurato relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della stipulazione della polizza o durante il corso della stessa, possono comportare la perdita totale o parziale del diritto alle garanzie assicurative nonché la stessa cessazione dell'assicurazione ai sensi degli artt. 1892, 1893, 1894 e 1898 Codice Civile.**
2. La Società, una volta a conoscenza di circostanze aggravanti che comportino un premio maggiore, può richiedere la relativa modifica delle condizioni in corso. **Nel caso di diminuzione del rischio la Società ha facoltà a ridurre il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del contraente**, ai sensi dell'art 1897 Codice Civile, e rinuncia al relativo diritto di recesso.

Art. 3 – Altre assicurazioni

L'assicurato deve comunicare alla Società l'esistenza e la successiva stipulazione di altre assicurazioni per lo stesso rischio e dare avviso dei sinistri a tutti gli assicuratori, indicando a ciascuno il nome degli altri, ai fini della ripartizione proporzionale delle spese.

Art. 4 – Effetto e durata della polizza e della copertura assicurativa

1. **La polizza produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno indicato in polizza, se il premio è stato corrisposto; in caso diverso produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui si effettua il pagamento**, ferme restando le scadenze stabilite nella polizza.
2. La garanzia assicurativa viene prestata per i casi assicurativi che siano insorti:
 - **durante il periodo di effetto della polizza**, se si tratta di esercizio di pretese al risarcimento di danni extracontrattuali, di resistenza alle pretese di risarcimento danni di natura extracontrattuale avanzate da terzi, di procedimento penale, di ricorsi od opposizioni alle sanzioni amministrative o di procedimenti per responsabilità amministrativa;
 - **trascorsi 3 (tre) mesi dalla data di effetto della polizza**, in tutte le restanti ipotesi.

Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente di Tutela legale, la carenza dei 3 (tre) mesi non opera per tutte le prestazioni già previste con la polizza precedente, mentre si intende operante a tutti gli effetti per le nuove prestazioni inserite con la presente polizza. Sarà pertanto onere del contraente, in sede di denuncia di sinistro, fornire idonea documentazione atta a comprovare l'esistenza di una polizza precedente di Tutela Legale.
3. Il contratto ha la durata pattuita nella polizza e, **in mancanza di disdetta comunicata mediante lettera raccomandata, mezzi legalmente equivalenti o telefax spedito almeno 30 (trenta) giorni prima della scadenza, si rinnova tacitamente, ogni volta, per 1 (uno) anno**, ai sensi dell'art. 1899 Codice Civile.



Art. 5 – Recesso in caso di sinistro

1. Dopo ogni denuncia di sinistro e fino al 30° (trentesimo) giorno dopo la sua definizione, le parti possono recedere in forma scritta dal contratto mediante lettera raccomandata AR, mezzi legalmente equivalenti, o telefax, dando un preavviso di almeno 15 (quindici) giorni rispetto alla data di effetto del recesso.
2. In ogni caso al contraente è dovuto il rimborso della quota di premio imponibile relativa al periodo di rischio pagato e non goduto.

Art. 6 – Pagamento del premio e sospensione della copertura assicurativa

1. Il premio è sempre determinato per il periodo di 1 (uno) anno, salvo il caso di polizza di durata inferiore, ed è interamente dovuto anche se sia stato concesso il frazionamento rateale.
2. Se il contraente non paga il premio alla firma o la prima rata di premio stabilita dalla polizza, l'assicurazione resta sospesa fino alle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ai sensi dell'art 1901 del Codice Civile. Se il contraente non paga le rate di premio successive, l'assicurazione resta sospesa dalle ore 24 (ventiquattro) del AGE 15° (quindicesimo) / BROKER 30° (trentesimo) giorno successivo a quello di scadenza e riprende vigore dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno del pagamento, ferme le successive scadenze, ai sensi dell'Art. 1901 del Codice Civile.
3. Qualora il contraente non corrisponda la rata di premio entro AGE 15 (quindici) / BROKER 30 (trenta) giorni dalla scadenza, la Società può, con lettera raccomandata, dichiarare risolto il contratto, fermo il diritto di esigere il pagamento dei premi scaduti.
4. I premi devono essere pagati presso la sede della Società ovvero dell'Intermediario al quale è assegnata la polizza.
5. Qualora in sede di gestione del sinistro, risulti che al momento della stipula della polizza sia stato assicurato parzialmente il valore della cosa assicurata, la Società liquiderà proporzionalmente le somme di cui all'art. 1 - Oggetto dell'assicurazione, a parziale deroga all'art. 1907 Codice Civile.

Art. 7 – Insorgenza del sinistro

1. Ai fini della presente polizza, per insorgenza del sinistro si intende:
 - per l'esercizio di pretese al risarcimento di danni extracontrattuali e per le spese di resistenza alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi **la data del primo evento che ha originato il diritto al risarcimento**
 - per l'opposizione a sanzioni amministrative, anche di natura tributaria e fiscale nonché per la difesa penale in procedimenti per delitti colposi e contravvenzioni di cui all'art. 18 – Prestazioni garantite – pto 8 “Pacchetto Sicurezza”, lett. a) **la data del compimento da parte della competente Autorità del primo atto di accertamento ispettivo o di indagine, amministrativo o penale;**
 - per tutte le restanti ipotesi, tra cui la difesa nei procedimenti penali dolosi e colposi e nei procedimenti per responsabilità amministrativa, **la data in cui l'Assicurato, la controparte o un terzo abbia o avrebbe cominciato a violare norme di legge o di contratto.**In presenza di più violazioni della stessa natura, per il momento di insorgenza del sinistro si fa riferimento alla data della **prima violazione**.
2. **La garanzia non ha luogo** nei casi insorgenti da contratti che nel momento della stipulazione dell'assicurazione fossero stati già **disdetti** da uno dei contraenti o la cui **rescissione, risoluzione o modificazione** fosse già stata chiesta da uno dei contraenti. Tale dispositivo non si intende operante per tutte le polizze emesse senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente della Società.
3. Si considerano a tutti gli effetti come **unico sinistro**:
 - **vertenze, giudiziali e non, promosse da o contro una o più persone ed aventi per oggetto domande scaturenti da fatti collegati e/o tra loro connessi e/o consequenziali, ad un medesimo contesto riferito all'evento coperto in garanzia;**
 - **procedimenti penali a carico di una o più persone assicurate e dovuti al medesimo evento o fatto.**
4. In tali ipotesi, la garanzia viene prestata a favore di tutti gli assicurati coinvolti e **il relativo massimale, che rimane unico per il sinistro, viene equamente ripartito tra gli assicurati** a prescindere dal numero e dagli oneri da ciascuno di essi sopportati. **Se alla conclusione del sinistro, una o più quote o parti di esso risultassero non impiegate, le stesse verrebbero redistribuite tra gli assicurati che non hanno ricevuto integrale ristoro, pur sempre nel limite del massimale.**

Art. 8 – Termini di denuncia del sinistro e fornitura dei mezzi di prova

1. L'Assicurato, previa esibizione della documentazione attestante il rapporto intercorrente con il contraente, rendendosi parte diligente del contratto, deve immediatamente denunciare alla Società qualsiasi sinistro nel



momento in cui si è verificato e/o ne abbia avuto conoscenza, fatto salvo il termine di prescrizione dei diritti derivanti dal contratto.

2. L'Assicurato deve informare immediatamente la Società in modo completo e veritiero di tutti i particolari del sinistro, nonché indicare i mezzi di prova e documenti e, su richiesta, metterli a disposizione.
3. In mancanza di tali adempimenti, la Società non potrà essere ritenuta responsabile di eventuali ritardi nella valutazione della copertura assicurativa o nella gestione del caso, nonché di eventuali prescrizioni o decadenze che dovessero intervenire.
4. La garanzia si estende ai casi assicurativi che siano insorti durante il periodo di validità della polizza e che siano stati denunciati alla Società, entro 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione della stessa.
5. Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente della Società, il termine di denuncia dei sinistri insorti durante la vigenza della polizza precedente, decorre dalla cessazione della presente polizza anziché dalla cessazione della polizza precedente.

Art. 9 – Libera scelta dell'avvocato per la fase giudiziale

1. L'assicurato, per la fase giudiziale e in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale, ha il diritto di scegliere liberamente l'Avvocato cui affidare la tutela dei propri interessi, **purché iscritto all'albo degli Avvocati dell'Ufficio Giudiziario competente per la controversia, oppure del proprio luogo di residenza. In quest'ultimo caso, se necessario, la Società indica il nominativo del domiciliatario.**
2. L'assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione della controversia all'Avvocato così individuato.
3. **L'assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio Avvocato nel caso di conflitto di interessi con la Società.**

Art. 10 – Gestione del sinistro

1. Ricevuta la denuncia, previa valutazione della copertura assicurativa e delle possibilità di far valere con successo le ragioni dell'assicurato, **la Società gestisce la trattazione stragiudiziale della controversia**, anche mediante la nomina di Avvocati di propria scelta, affinché le parti raggiungano un accordo.
2. Nel caso in cui tale tentativo non riesca, l'assicurato comunica alla Società gli elementi probatori e le argomentazioni su cui fondare il giudizio al fine di permettere la valutazione delle possibilità di successo. In caso positivo, la gestione della controversia viene affidata all'Avvocato scelto nei termini dell' Art. 9.
3. **La Società si riserva la facoltà di valutare la possibilità di successo dell'impugnazione della sentenza emessa in ogni grado di giudizio, prima di garantire la copertura per le spese relative ai gradi successivi.**
4. **Le prestazioni previste dalla polizza non operano se la Società non ha confermato preventivamente la copertura delle spese per la transazione della controversia e/o per la nomina dei periti di parte.**
5. In caso di conflitto di interessi o di disaccordo in merito alla gestione dei sinistri tra l'assicurato e la Società, la decisione può venire demandata ad un arbitro che decide secondo equità, designato di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal Presidente del Tribunale competente a norma del Codice di Procedura Civile. Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato. In via alternativa è possibile adire l'Autorità Giudiziaria, previo esperimento del tentativo di mediazione.

Art. 11 – Recupero di somme anticipate dalla Società

Spettano alla Società, se anticipati, gli onorari e le spese rimborsati all'assicurato dalla controparte a seguito di provvedimento giudiziale o di transazione. In tutti i casi in cui sia stata pagata una indennità la Società si riserva la facoltà di esercitare il diritto di surrogazione.

Art. 12 – Coesistenza di copertura di responsabilità civile

La presente polizza, nei limiti delle prestazioni garantite, e delle eventuali condizioni aggiuntive acquistate, opera in secondo rischio qualora esista altra copertura assicurativa, da chiunque stipulata, che garantisca la responsabilità civile dell'assicurato ai sensi dell'art. 1917 Cod. Civ..

Art. 13 – Estensione territoriale

Le prestazioni valgono per i sinistri che siano insorti e il cui Foro di competenza si trovi in uno dei seguenti territori:

- in Europa o negli stati extraeuropei posti nel bacino del mare Mediterraneo, per la difesa penale, per la richiesta di risarcimento danni a terzi e per la resistenza alla richiesta di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi;
- nella Repubblica Italiana, nella Città del Vaticano e nella Repubblica di San Marino, per la responsabilità amministrativa e per controversie in materia amministrativa e per controversie contrattuali con i clienti **(SOLO PER CONDIZIONE AGGIUNTIVA CONTRATTUALE)**;



▪ nei paesi dell'Unione Europea, nella Città del Vaticano, nella Repubblica di San Marino, nel Principato di Monaco, in Svizzera e nel Liechtenstein, per i casi di chiamata in causa della compagnia di responsabilità e per controversie contrattuali in materia di lavoro, con i fornitori, e con le compagnie di assicurazione / e per controversie contrattuali in materia di lavoro, con i fornitori, con le compagnie di assicurazione e in materia di diritti reali / e in materia di diritti reali civile (SOLO PER CONDIZIONI AGGIUNTIVE).

Art. 14 – Indicizzazione – adeguamento del massimale e del premio

1. Il massimale e il relativo premio sono basati sul "numero indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati", pubblicato dall'ISTAT - Istituto Centrale di Statistica di Roma, in conformità a quanto segue:
 - a) nel corso di ogni anno solare viene adottato come base di riferimento iniziale e per gli aggiornamenti, l'indice del mese di settembre dell'anno precedente;
 - b) alla scadenza di ogni rata annuale, se si è verificata una variazione, in più o in meno, rispetto all'indice inizialmente adottato o al suo equivalente, il massimale, ed il corrispondente premio vengono aumentati o ridotti in proporzione;
 - c) l'aumento o la riduzione decorrono dalla scadenza della rata annua.
2. **Qualora, in conseguenza delle variazioni dell'indice, il massimale, ed il premio venissero a superare il doppio degli importi inizialmente stabiliti, sia la Società che il contraente hanno la facoltà di rinunciare all'aggiornamento della polizza, ed il massimale ed il premio rimangono quelli risultanti dall'ultimo aggiornamento effettuato.**
3. In caso di eventuale ritardo od interruzione nella pubblicazione degli indici, la Società propone l'adeguamento tenendo conto delle variazioni notoriamente avvenute nei prezzi correnti rispetto all'ultimo adeguamento.

Art. 15 – Assicurati

Le garanzie previste all'art. 1 – Oggetto dell'assicurazione vengono prestate all'Associazione di persone e al Direttivo. Qualora sia espressamente riportato nel frontespizio di polizza e corrisposto il relativo premio, le garanzie sono estese ai dipendenti, ai collaboratori, e agli associati e volontari.

Nel caso di controversie fra assicurati con la stessa polizza le prestazioni vengono fornite **unicamente a favore del Contraente, in deroga all'art. 19 Esclusioni, lett i).**

Art. 16 – Oneri informativi a carico del contraente

Nel caso in cui la copertura assicurativa sia estesa ai collaboratori, agli associati e ai volontari, **il contraente s'impegna, alla prima occasione utile e con le modalità ritenute più opportune, ad informare gli assicurati in merito alla presenza e all'oggetto della copertura assicurativa, alla denominazione della Società e alle modalità di acquisizione delle condizioni di assicurazione; si impegna inoltre a fornire le informazioni inerenti la procedura di liquidazione delle prestazioni assicurate. Il contraente è anche tenuto ad informare gli assicurati delle eventuali variazioni delle informazioni contenute nella presente polizza, intervenute anche per effetto delle modifiche alla normativa di legge successive alla conclusione della polizza.**

Art. 17 – Ambito di operatività

Le prestazioni previste dal successivo art. 18 vengono prestate agli assicurati **esclusivamente nell'ambito dell'attività svolta e/o della finalità perseguita dal contraente risultante dall'atto costitutivo e dallo statuto.**

Art. 18 – Prestazioni garantite

Le garanzie previste all'art. 1- Oggetto dell'assicurazione - valgono per:

1. **Difesa penale in procedimenti per delitti colposi e/o contravvenzioni;**
2. **Difesa penale in procedimenti per delitti dolosi, comprese le violazioni in materia fiscale e amministrativa, purché gli assicurati vengano assolti (art. 530 comma 1, Cod. Proc.Pen.) con decisione passata in giudicato o vi sia stata la derubricazione del reato da doloso a colposo o sia intervenuta archiviazione per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato. Sono esclusi i casi di estinzione del reato per qualsiasi altra causa.**

Fermo restando l'obbligo per gli assicurati di denunciare il sinistro nel momento in cui viene notificato il primo atto di indagine penale a loro carico, la Società non anticiperà alcuna somma nel corso del procedimento e rimborserà le spese di difesa sostenute quando la sentenza sia passata in giudicato.

Nel caso in cui il giudizio, anche a seguito di archiviazione e successiva riapertura, si concluda con sentenza definitiva diversa da assoluzione o derubricazione del reato da doloso a colposo, la Società richiederà al contraente il rimborso di tutti gli oneri eventualmente anticipati per la difesa in ogni grado di giudizio.

La prestazione opera in deroga dell'articolo 19 – Esclusioni - lett. h).



Le garanzie di cui ai punti 1 e 2 del presente articolo operano secondo le medesime modalità e condizioni anche per ottenere il dissequestro di beni, mobili ed immobili, appartenenti al contraente, sottoposti a sequestro (conservativo, probatorio o giudiziario) nell'ambito di procedimenti penali, per delitti colposi/contravvenzioni o per delitti dolosi, a carico della persona assicurata o di terzi, nel caso in cui ciò risulti indispensabile per il proseguimento dell'attività assicurata.

3. **Richiesta di risarcimento danni** extracontrattuali a persona o a cose subiti per fatti illeciti di terzi, anche in caso di costituzione di parte civile nell'ambito del procedimento penale a carico della controparte.

4. **Resistenza a richieste di risarcimento danni extracontrattuali cagionati a terzi** ove, ai sensi dell'art. 1917 Cod. Civ., risultino adempiuti gli obblighi dell'assicuratore della responsabilità civile. L'intervento della Società è comunque condizionato all'esistenza ed effettiva operatività di una valida garanzia di responsabilità civile. **Pertanto la prestazione opera a secondo rischio, ovvero dopo l'esaurimento del massimale dovuto dall'assicuratore di responsabilità civile per spese legali di resistenza e soccombenza su fattispecie coperte dalla polizza di responsabilità civile. In tutti gli altri casi, ovvero quando la polizza di Responsabilità Civile non esiste, o non opera, o per qualunque motivo non fornisce copertura totale o parziale alle spese legali di resistenza, la presente garanzia non opera.**

5. **Chiamata in causa della Compagnia assicuratrice della Responsabilità Civile** ai sensi dell'art. 1917 comma 4 del codice civile.

La garanzia viene prestata per sostenere le sole spese legali relativi alla redazione dell'atto di chiamata in causa della Compagnia di Responsabilità Civile, e opera con un sottolimito di € 1.000,00 (mille).

La chiamata in causa non è oggetto di copertura nel caso in cui la polizza di Responsabilità Civile non sia attivabile:

- per mancato pagamento o adeguamento del premio;
- per denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione;
- perché la fattispecie denunciata non è oggetto di copertura.

La Società si riserva di richiedere al contraente / assicurato la documentazione da cui risulti quanto precisato nei tre punti precedenti. **Qualora uno di questi casi sia accertato successivamente al pagamento da parte della Società delle spese legali, il contraente / assicurato è tenuto a restituire alla Società tutte le spese anticipate.**

6. **Ricorsi avverso la Pubblica Amministrazione** a seguito di provvedimento di cancellazione o della mancata iscrizione del contraente nel registro delle Associazioni. **La prestazione opera in deroga all'art. 19 Esclusioni, lett. b) per le controversie di natura amministrativa.**

7. **Responsabilità amministrativa, contabile e giudizio di conto per procedimenti instaurati avanti la Corte dei Conti.** Sono garantite le spese per sostenere la difesa in procedimenti per giudizi e azioni di responsabilità amministrativa, contabile e giudizio di conto nei confronti degli assicurati, salvo il caso in cui sia obbligato un soggetto terzo.

La Società rimborserà anche le spese eventualmente sostenute nella fase preliminare del processo. La garanzia opera anche prima dell'emissione dell'atto di citazione in giudizio, compreso l'invito a dedurre e l'audizione personale nonché il procedimento cautelare di sequestro.

Nel caso in cui le spese legali siano liquidate in sentenza, la Società rimborserà l'importo indicato nella stessa.

Fermo restando l'obbligo per l'assicurato di denunciare il sinistro con le modalità previste dal precedente art. 8, la Società provvederà, su richiesta motivata, all'anticipo delle spese legali e/o peritali, **fino ad un massimo di € 5.000,00 (cinquemila), in attesa della definizione del giudizio.**

L'Assicurato si impegna a restituire alla Società ogni somma eventualmente anticipata nel caso siano accertati, nei suoi confronti mediante sentenza definitiva, elementi di responsabilità per dolo.

La presente prestazione opera a parziale deroga dell'art. 19 – Esclusioni, lettera b) per le controversie di natura amministrativa.

8. Pacchetto sicurezza. Per i casi di contestazione d'inosservanza degli obblighi ed adempimenti di cui ai decreti legislativi indicati nel presente punto, le garanzie previste all'Art. 1 – Oggetto dell'assicurazione - vengono prestate agli assicurati per:

- a) la difesa nei procedimenti penali per delitti colposi o contravvenzioni;
- b) la difesa in procedimenti penali per omicidio colposo o lesioni personali colpose (artt. 589 – 590 Codice Penale);
- c) l'opposizione o impugnazione avverso i provvedimenti amministrativi, le sanzioni amministrative non pecuniarie e pecuniarie di importo determinato **in misura non inferiore a € 250,00 (duecentocinquanta).**

Le presenti prestazioni operano in parziale deroga all'art. 19 - Esclusioni, lett. b) per la materia amministrativa.

8.1 D.lgs. 81/2008 e D.Lgs. 106/2009 e successive disposizioni normative o regolamentari, in materia di **Tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro:**

Le prestazioni garantite operano a tutela dei diritti degli assicurati, in qualità di:

- *Responsabile dei lavori*
- *Coordinatore per la progettazione*
- *Coordinatore per l'esecuzione dei lavori*
- *Legali Rappresentanti*



- *Dirigenti*
- *Preposti*
- *Medico Competente*
- *Responsabili dei Servizi di Prevenzione*
- *Lavoratori Dipendenti.*

Tali soggetti sono assicurati esclusivamente per le attività svolte presso il Contraente.

Le garanzie valgono anche qualora il contraente, in relazione all'attività esercitata, rivesta la qualifica di *Committente* dei lavori ai sensi del D.Lgs 81/08 e disposizioni integrative e correttive contenute nel D.Lgs. 106/2009.

8.2 D.Lgs 193/07 e successive disposizioni normative o regolamentari, in materia di **Sicurezza alimentare.**

8.3 D.Lgs. 152/06 e successive disposizioni normative o regolamentari in materia di **Tutela dell'ambiente.**

La presente garanzia opera in parziale deroga all'art. 19 - Esclusioni, lett. g).

8.4 D.Lgs n.196/03 e successive disposizioni normative o regolamentari in materia di **Tutela della Privacy.**

Le prestazioni garantite operano a tutela dei diritti degli assicurati in qualità di:

- Titolare al trattamento dei dati;
- Responsabili e gli Incaricati del trattamento.

Le garanzie valgono anche per:

- la difesa in procedimenti penali dolosi previsti dal D. Lgs. n. 196/03 nelle modalità previste al punto 2 del presente articolo. **La presente garanzia opera in deroga all'art. 19 - Esclusioni – lett. h);**
- la difesa dinanzi al Garante nel caso di reclami, segnalazioni e ricorsi. **La presente garanzia opera in deroga all'art. 19- Esclusioni – lett. b) per le controversie di natura amministrativa.**
- la difesa avanti le competenti Autorità giurisdizionali civili **nel caso in cui siano adempiuti gli obblighi dell'Assicuratore di responsabilità civile ai sensi dell'art. 1917 Codice Civile. Pertanto la prestazione opera a secondo rischio, ovvero dopo l'esaurimento del massimale dovuto dall'assicuratore di responsabilità civile per spese legali di resistenza e soccombenza su fattispecie coperte dalla polizza di responsabilità civile. In tutti gli altri casi, ovvero quando la polizza di Responsabilità Civile non esiste, o non opera, o per qualunque motivo non fornisce copertura totale o parziale alle spese legali di resistenza, la presente garanzia non opera.**

8.5 D.Lgs 231/2001 e successive disposizioni normative o regolamentari.

Le garanzie vengono prestate per le spese sostenute:

- **dal Contraente** per la difesa nei procedimenti di accertamento di illeciti amministrativi derivanti da reato di cui al D.Lgs 231/01;
- **dai soggetti di cui all' art. 5** del D.Lgs. 231/01, anche se non dipendenti del Contraente, per la difesa nei procedimenti penali per delitti colposi previsti dal D.Lgs 231/01. **Per i delitti dolosi le garanzie valgono** nelle modalità previste al punto 2 del presente articolo.

La garanzia si estende ai casi assicurativi **insorti nel termine di 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione dei soggetti** garantiti dalle funzioni/qualifiche indicate nel presente articolo, o loro dimissioni dalla Contraente.

Art. 19 – Esclusioni

Le garanzie non sono valide:

- a) per vertenze concernenti il diritto di famiglia, delle successioni e delle donazioni;
- b) in materia fiscale ed amministrativa;
- c) per fatti conseguenti a tumulti popolari (assimilabili a sommosse popolari), eventi bellici, atti di terrorismo, atti di vandalismo, terremoto, sciopero e serrate, nonché da detenzione od impiego di sostanze radioattive;
- d) per vertenze concernenti diritti di brevetto, marchio, autore, esclusiva, concorrenza sleale;
- e) per il pagamento di multe, ammende e sanzioni in genere;
- f) per controversie derivanti dalla circolazione e dalla proprietà o dalla guida di veicoli, imbarcazioni o aeromobili;
- g) per fatti non accidentali relativi ad inquinamento dell'ambiente;
- h) per fatti dolosi delle persone assicurate salvo laddove previsto dalle Condizioni di polizza;
- i) per controversie tra assicurati;
- j) per fatti relativi a fusioni, modificazioni, trasformazioni societarie;
- k) per controversie contrattuali con i clienti per inadempienze proprie o di controparte, relative a prestazioni di servizi o forniture di beni effettuati dal contraente nell'esercizio della sua attività;
- l) per compravendita e permuta di immobili;
- m) per controversie sulla locazione, proprietà, utilizzo e appalto/subappalto relativamente ad interventi di restauro e risanamento conservativo, ristrutturazione e costruzione ex novo degli edifici comprese i connessi contratti di fornitura e posa in opera di materiali o impianti;
- n) per controversie derivanti dall'esercizio dell'attività medica e di operatore sanitario;
- o) per i casi di adesione ad azioni di classe (class action);



- p) per le vertenze con la Società;
- q) per i casi di difesa penale per abuso di minori;
- r) per controversie tra contraente e assicurati relativamente al pagamento della quota associativa;
- s) per vertenze con la Banca che intermedia il presente contratto.

Art. 20 – Condizioni aggiuntive

Valide solo se espressamente indicate nel frontespizio di polizza e pagato il relativo sovrappremio.

Controversie contrattuali

Le prestazioni della presente condizione aggiuntiva vengono fornite esclusivamente a favore del contraente per le controversie contrattuali **connesse all'attività associativa**, nei seguenti casi:

1. **Controversie individuali di lavoro** con i soggetti iscritti nel Libro Unico del lavoro del contraente, **salvo quanto previsto dall'art. 12 – Coesistenza di copertura di responsabilità civile.**
2. **Controversie contrattuali con fornitori** di beni o servizi per inadempienze contrattuali, proprie o di controparte, **sempreché il valore in lite sia superiore a € 200,00 (duecento).**
3. **Controversie contrattuali con le Compagnie di assicurazione** riferite a polizze sottoscritte dal contraente, **purché il valore in lite sia superiore a € 500,00 (cinquecento).**
4. **Controversie contrattuali con i clienti**, compreso il recupero crediti, relative a forniture di beni o prestazioni di servizi **effettuate dal contraente.**

Per quanto riguarda il recupero crediti, le prestazioni o forniture devono essere state effettuate **decorsi 3 (tre) mesi dalla validità della presente polizza ed i crediti devono essere rappresentati da titoli esecutivi (Art. 474 Cod. Proc. Civ.) o documentati da prova scritta o equiparata (Artt. 634 e 636 Cod. Proc. Civ.).** La Società, accertata la regolarità della denuncia del sinistro, **svolgerà in via stragiudiziale ogni azione intesa al raggiungimento dell'accordo per il recupero dei crediti direttamente o tramite professionisti da essa scelti. La presente condizione viene prestata con il limite di 2 (due) casi stragiudiziali insorti in ciascun anno assicurativo.** In caso di esito negativo del tentativo stragiudiziale o di componimento bonario, **l'ulteriore fase giudiziale non è oggetto di tale garanzia.**

La presente garanzia opera per le vertenze **che debbano essere trattate in Unione Europea ed in Svizzera in deroga all'art. 19 Esclusioni, lett. k) ed art. 13 – Estensione territoriale.**

Sedi / Immobili del contraente

Le prestazioni della presente condizione aggiuntiva vengono fornite esclusivamente a favore del contraente, relativamente ai beni immobili **indicati in polizza utilizzati esclusivamente ai fini dell'esercizio dell'attività associativa**, nei seguenti casi:

1. **Richiesta di risarcimento danni** extracontrattuali provocati agli immobili da fatti illeciti di terzi. **La prestazione opera in deroga all'art. 19 Esclusioni, lett. f)**
 2. **Difesa penale in procedimenti** per delitti colposi e per contravvenzioni.
 3. **Controversie relative alla locazione, al diritto di proprietà e agli altri diritti reali.**
- Le prestazioni di cui sopra operano in deroga all'art. 19 - Esclusioni, lett. m).



Glossar

Folgenden Begriffen ordnen die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer vereinbarungsgemäß die jeweils angegebene Bedeutung zu:

Abstufung der Straftat: eine Änderung der rechtlichen Qualifikation der Straftat im Vergleich zur anfänglichen Anklage (z.B. Abstufung von vorsätzlich auf fahrlässig).

Anwaltskosten: gesetzliche Honorare und Gebühren des Verteidigers.

Außergerichtliche Phase: Die Streitphase, in der die Justizbehörden noch nicht angerufen wurden, weil man eine gütliche Streitbeilegung versucht.

Außervertraglicher Schaden: ungerechtfertigter Schaden infolge einer unrechtmäßigen Handlung.

Dingliches Recht: Ein Recht, das absolute und unmittelbare Verfügungsgewalt über eine Sache gewährt.

Fahrlässigkeitsdelikt: Als Fahrlässigkeitsdelikt gilt nur jenes, das ausdrücklich vom Strafgesetz als solches vorgesehen (und als solches angefochten) wird und das aus Nachlässigkeit, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung von Gesetzen, aber ohne Willen oder Absicht zur Verursachung des schädigenden Ereignisses begangen wird.

Festgesetzte Kosten: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten, die dem Anwalt zustehen.

Gegenpartei: die gegnerische Partei in einer Streitsache.

Gerichtliche Phase: Die Phase, in der man eine Streitigkeit den Justizbehörden zur Entscheidung unterbreitet.

Gerichtskosten: Prozesskosten, die der Verurteilte in einem Strafverfahren an den Staat bezahlen muss. Im Zivilverfahren hingegen werden die Verfahrenskosten von den Parteien im Zuge der Prozesshandlungen bezahlt; am Ende kann die unterliegende Partei zur Rückerstattung verurteilt werden.

Gesellschaft: das Versicherungsunternehmen **ARAG SE – Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Gutachter: Freiberufler, der vom Versicherungsunternehmen damit beauftragt wird, das Ausmaß des Schadens zu schätzen, den der Versicherte bzw., im Falle von Haftpflichtversicherungen, der geschädigte Dritte durch den Versicherungsfall erlitten hat.

Gutachterkosten: Beträge, die den vom Richter oder von den Parteien ernannten Gutachtern zustehen.

Höchstbetrag pro Schadensfall: Der maximale Betrag, den die Gesellschaft für jeden gemeldeten Schadensfall bezahlen kann, begrenzt auf die in der Versicherungspolice vorgesehenen Kosten.

Höchstbetrag pro Versicherungsjahr: Der maximale Betrag, den die Gesellschaft für die Schadensfälle bezahlen kann, die im selben Versicherungsjahr eintreten, auch wenn sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten gemeldet werden, begrenzt auf die in der Versicherungspolice vorgesehenen Kosten.

Ivass (vorherige Bezeichnung Isvap): die italienische Versicherungsaufsicht (Istituto di Vigilanza per le Assicurazioni).

Kosten bei Unterliegen: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten. Es unterliegt die Partei, deren rechtliche Forderungen vom Richter nicht als begründet anerkannt wurden.

Kündigung: Vorgang, mit dem die Absicht mitgeteilt wird, den Versicherungsvertrag nach Auslaufen nicht zu erneuern.

Mediation: Ein rechtliches Verfahren, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010 eingeführt wurde, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen privaten Subjekten bezogen auf verfügbare Rechte.

Mediationsstelle: Mediationsverfahren können nur durch öffentliche und private Stellen abgewickelt werden, die in das entsprechende Register beim Justizministerium eingetragen sind. Die Anforderungen und Modalitäten für die Eintragung sind in einem einschlägigen Ministerialdekret geregelt.

Police: Das Vertragsdokument, das die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Versicherungsnehmer und dem Versicherten regelt, bestehend aus den Versicherungsbedingungen.

Prämie: der Betrag, den der Versicherungsnehmer der Gesellschaft als Vergütung für die Versicherung schuldet.

Rechtskräftiges (definitives) Urteil: Als rechtskräftig bezeichnet man eine unumstößliche Verfügung, d.h. eine Verfügung, gegen die keine ordentlichen Rechtsmittel mehr eingelegt werden können, entweder weil die entsprechende Frist abgelaufen ist, oder weil bereits sämtliche Rechtsmittel erschöpft wurden. Eine rechtskräftige Verfügung ist somit durch ein unumstößliches Urteil gekennzeichnet, zu dem sich kein Richter erneut aussprechen kann.

Rechtsschutz: Die Rechtsschutzversicherung gemäß Gesetzesdekret Nr. 209 vom 07.09.2005 – Art. 163/4 und 173/4 und verbundene.

Schadensfall: Eintritt des schädigenden Ereignisses, für das die Versicherung geleistet wird.

Schiedsspruch: System, mit dem die Parteien in gemeinsamem Einvernehmen darauf verzichten, zur Lösung von Streitfragen betreffend die Auslegung oder Umsetzung des Vertrages die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen.

Strafantrag: Eine Person, die sich durch Delikte verletzt oder geschädigt fühlt, die nicht von Amts wegen verfolgt werden, beantragt mit einem Strafantrag, dass gerichtlich gegen den Täter vorgegangen wird.

Straftat: Verstoß gegen strafrechtliche Bestimmungen. Straftaten unterscheiden sich in Delikte oder Zuwiderhandlungen und ziehen unterschiedliche Strafen nach sich, Haft- und/oder Geldstrafen (für Delikte: Freiheitsstrafe, Geldbuße; für Zuwiderhandlungen: Verhaftung, gebührenpflichtige Verwarnung). Weiter sind Delikte



auf subjektiver Grundlage unterteilt in fahrlässige, erfolgsqualifizierte und vorsätzliche Delikte, während bei Zuwiderhandlungen der Wille irrelevant ist.

Streitwert: Wertfestlegung der Streitsache.

Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, geregelt durch die Gesetzesverordnung Nr. 132 vom 12. September 2014, in dem die Parteien vereinbaren, in gutem Glauben und loyal zusammenzuarbeiten, um die Streitfrage mit Unterstützung durch Anwälte, die bei der Kammer eingetragen sind, gütlich zu lösen.

Vergleich: Vereinbarung, mit welcher die Parteien sich gegenseitige Zugeständnisse machen und dadurch einen zwischen ihnen entstandenen Streitfall lösen oder einem solchen vorbeugen.

Versicherter: Das Subjekt, dessen Interessen durch die Versicherung geschützt sind.

Versicherungsjahr: Zeitraum von 365 Tagen bzw. von 366 Tagen in Schaltjahren, der ab dem Datum läuft, an dem die Police abgeschlossen wird.

Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das die Versicherung abschließt.

Vertraglicher Schaden: Schaden, der aus der Nichterfüllung oder der Verletzung einer Pflicht entsteht, die mit einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag übernommen wurde.

Vorsatzdelikt: Jegliches Delikt, das nicht unter die ausdrücklich vom Gesetz vorgesehene Definition des Fahrlässigkeits- oder des erfolgsqualifizierten Deliktes fällt.

Versicherungsbedingungen

Art. 1 - Gegenstand der Versicherung

1. Die Gesellschaft versichert die Anwaltskosten, auch wenn der Streitfall unter Einbeziehung einer Mediationsstelle oder durch Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung bearbeitet wird, die Gutachterkosten, die Gerichts-, Verfahrens- und Ermittlungskosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind und die für die Verteidigung der Interessen des Versicherten **in den im nachfolgenden Art. 18 – Versicherte Leistungen und Art. 20 - Zusatzbedingungen genannten Fällen** notwendig sind. Versichert ist die Betreuung durch **einen einzigen Rechtsanwalt** in jeder Instanz sowie die eventuellen Kosten, die dem Versicherten bei Unterliegen auferlegt werden. Weiter sind die eventuell vom Versicherten getragenen Kosten der Mediationsstelle in Fällen der obligatorischen Mediation und die Schiedsrichterkosten abgedeckt.
2. **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind für maximal 2 (zwei) Versuche pro Schadensfall abgedeckt.**
3. **Die Kosten für die Stellung des Strafantrags werden nur anerkannt**, wenn ein Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei eingeleitet wird.
4. **Nicht durch die Versicherung abgedeckt sind die Kosten für fachliche und/oder gerichtsärztliche Gutachten, die notwendig sind, um im Vorfeld die Erfolgsaussichten eines Verfahrens zur Geltendmachung der Ansprüche des Versicherten gegenüber Versicherungsgesellschaften zu bewerten.**
5. **Nicht durch die Versicherung abgedeckt sind Erfolgshonorare, die zwischen dem Versicherten und dem Rechtsanwalt vereinbart werden.**
6. Ist die Domizilierung erforderlich, sind **Reisekosten und jegliche Doppelhonorare ausgeschlossen.**
7. **Zu Lasten des Versicherten gehen Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit dem Schadensfall, der Prämie bzw. dem Vertrag.**
8. **Für die vorliegende Police ist die italienische Sprache maßgeblich.**

Art. 2 - Angaben und Erklärungen. Erhöhung und Verringerung des Risikos

1. **Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss der Police oder während ihrer Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Rechts auf Versicherungsschutz sowie zum Erlöschen der Versicherung gemäß Art. 1892, 1893, 1894 und 1898 des italienischen Zivilgesetzbuches führen.**
2. Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen. **Im Falle einer Risikoverringerung kann die Gesellschaft, gemäß Art. 1897 des italienischen Zivilgesetzbuches, die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.**

Art. 3 - Weitere Versicherungen

Der Versicherte muss die Gesellschaft über das Bestehen bzw. den nachfolgenden Abschluss weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko informieren und im Schadensfall alle Versicherer unter Nennung der anderen Versicherer benachrichtigen, damit die Kosten proportional aufgeteilt werden können.

Art. 4 – Wirksamkeit und Laufzeit des Vertrages und der Versicherungsdeckung

1. **Die Police erlangt Wirksamkeit ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des in der Police genannten Tages, sofern die Prämie bezahlt wurde; anderenfalls wird sie ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages wirksam, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.**
2. Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten:
 - **während der Laufzeit der Police**, sofern es sich um die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden, um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter, um Strafverfahren, um Berufung oder Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen sowie um Verfahren wegen Amtshaftung handelt;
 - **in allen anderen Fällen 3 (drei) Monate nach Vertragsbeginn.**

Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice ausgestellt, so gilt die Karenzzeit von 3 (drei) Monaten nicht für all jene Leistungen, die bereits mit der vorherigen Police abgedeckt waren, während sie ihre Gültigkeit für all jene Leistungen behält, die mit der vorliegenden Police neu aufgenommen wurden. Es ist Aufgabe des Versicherungsnehmers, bei der Schadensmeldung den Nachweis für das Bestehen einer vorherigen Rechtsschutzversicherung zu liefern.
3. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit. **Erfolgt keine Kündigung mittels Einschreiben, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax, das mindestens 30 (dreißig) Tage vor Fälligkeit abgeschickt wird, so verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um 1 (ein) Jahr, gemäß Art. 1899 des italienischen ZGB.**

Art. 5 – Rücktritt im Schadensfall

1. Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. (dreißigsten) Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 (fünfzehn) Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.
2. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

Art. 6 – Bezahlung der Prämie und Aussetzung des Versicherungsschutzes

1. Die Prämie wird immer für 1 (ein) Jahr berechnet, ausgenommen Policen mit kürzerer Laufzeit, und wird stets in voller Höhe geschuldet, auch wenn Ratenzahlung gewährt wurde.
2. Beahlt der Versicherungsnehmer die Prämie bei Unterschrift oder die erste in der Police festgelegte Prämienrate nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB bis 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem die Zahlung geleistet wird. Beahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des AGE 15. (fünfzehnten) / BROKER 30. (dreißigsten) auf die Fälligkeit folgenden Tages und beginnt ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen, unbeschadet der weiteren Fälligkeiten.
3. Beahlt der Versicherungsnehmer die Prämienrate innerhalb von AGE 15 (fünfzehn) / BROKER 30 (dreißig) Tagen ab Fälligkeit nicht, kann die Gesellschaft per Einschreiben den Vertrag für gelöst erklären; ihr Recht, die Bezahlung der fälligen Prämien zu verlangen, wird hiervon nicht berührt.
4. Die Prämien sind am Sitz der Gesellschaft bzw. des Vermittlers, dem die Police zugeteilt wurde, zu bezahlen.
5. Zeigt sich bei der Schadenbearbeitung, dass bei Abschluss der Police der Wert der versicherten Sache unterversichert wurde, zahlt die Gesellschaft die Beträge gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung im Verhältnis dazu, in teilweiser Abweichung zu Art. 1907 des italienischen ZGB.

Art. 7 – Eintritt des Schadensfalles

1. Im Sinne der vorliegenden Police ist unter Eintritt des Schadensfalles zu verstehen:
 - zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden sowie bei Ausgaben für die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter – **der Termin, zu dem das erste Ereignis eingetreten ist, das den Schadenersatzanspruch entstehen ließ;**
 - bei Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen, auch abgaben- und steuerrechtlicher Natur, sowie bei Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen gemäß Art. 18 – Versicherungsleistungen Punkt 8 „Sicherheitspaket“, Buchstabe a) - **der Termin, zu dem die zuständige Behörde den ersten Vorgang zur verwaltungs- oder strafrechtlichen Inspektion oder Ermittlung durchführt;**
 - in allen anderen Fällen, darunter die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeit oder Vorsatz sowie in Verfahren der Amtshaftung – **der Termin, zu dem der Versicherte, die Gegenseite oder ein Dritter Gesetzes- oder Vertragsvorschriften verletzt hat oder haben soll.**Bei Vorliegen mehrerer Verstöße derselben Art wird für den Zeitpunkt des Entstehens des Schadens auf den Zeitpunkt des **ersten Verstoßes** Bezug genommen.
2. **Kein Versicherungsschutz besteht** für Versicherungsfälle im Zusammenhang mit Verträgen, die bei Abschluss der Versicherung bereits von einer der Parteien **gekündigt** wurden oder deren **Rückgängigmachung, Aufhebung oder Änderung** bereits von einer der Parteien beantragt wurde. Diese Bestimmung gilt nicht für all jene Policen, die ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice der Gesellschaft ausgestellt werden.
3. Als **einzigster Schadensfall** in jeder Hinsicht gelten:
 - **gerichtliche und außergerichtliche Streitigkeiten, die von oder gegen eine oder mehrere Personen geführt werden und die miteinander verbundene und/oder miteinander in Zusammenhang stehende Ansprüche zum Gegenstand haben, bezogen auf das versicherte Ereignis;**
 - **Strafverfahren gegen eine oder mehrere versicherte Personen, die sich auf dasselbe Ereignis oder denselben Tatbestand beziehen.**
4. In diesen Fällen wird der Versicherungsschutz zu Gunsten aller betroffenen Versicherten geleistet, aber **der diesbezügliche Höchstbetrag ist nur einer und wird unter den Versicherten**, unabhängig von deren Anzahl und der jeweils von ihnen getragenen Kosten, **gerecht aufgeteilt. Wurden nach Abschluss des Schadensfalles nicht alle Anteile davon verwendet, werden diese unter den Versicherten, die keinen vollen Ersatz bekommen haben, nochmals aufgeteilt, ohne den Höchstbetrag zu überschreiten.**

Art. 8 – Fristen für die Schadensmeldung und Beibringung der Beweismittel

1. Als aktive Vertragspartei muss der Versicherte, nachdem er den Nachweis über die bestehende Beziehung zu dem Versicherungsnehmer vorgelegt hat, der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich bei dessen Eintritt bzw. bei Kenntniserlangung melden, unbeschadet der Verjährungsfrist für vertraglich bedingte Ansprüche.
2. Der Versicherte muss die Gesellschaft unverzüglich, vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Schadensfalles unterrichten sowie Beweismittel und Unterlagen angeben und auf Verlangen zur Verfügung stellen.
3. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, kann die Gesellschaft nicht für eventuelle Verspätungen bei der Bewertung der Versicherungsdeckung oder bei der Bearbeitung des Falles sowie für eventuell eintretende Verjährungen oder Verwirkungen haftbar gemacht werden.
4. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, die während der Laufzeit der Police entstanden sind und die der Gesellschaft innerhalb von 24 (vierundzwanzig) Monaten nach Beendigung der Police gemeldet werden.
5. Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice der Gesellschaft ausgestellt, so läuft die Frist für die Meldung von Versicherungsfällen, die während der Gültigkeit der vorherigen Police aufgetreten sind, ab Beendigung der vorliegenden Police und nicht ab Beendigung der vorhergehenden Police.

Art. 9 – Freie Wahl des Rechtsanwalts für die gerichtliche Phase

1. Für die gerichtliche Phase und auf jeden Fall, wenn eine strafrechtliche Verteidigung notwendig ist, hat der Versicherte das Recht, den Anwalt zur Verteidigung seiner Interessen frei zu wählen. **Der Rechtsanwalt muss am Ort der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde oder am Wohnort des Versicherten ins Anwaltsverzeichnis eingetragen sein. Ist im zuletzt genannten Fall eine Domizilierung notwendig, liefert die Gesellschaft den Namen des Domiziliaten.**
2. Dem so festgelegten Anwalt muss der Versicherte auf jeden Fall ein reguläres Mandat zur Bearbeitung des Streitfalles erteilen.
3. **Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit der Gesellschaft hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.**

Art. 10 – Schadenbearbeitung

1. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft **die Gesellschaft** zunächst die Versicherungsdeckung und die Möglichkeit, die Ansprüche des Versicherten erfolgreich geltend zu machen, und **nimmt sodann die außergerichtliche Bearbeitung der Streitsache auf**, wobei sie auch Rechtsanwälte ihrer Wahl ernennt, um eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen.
2. Sollte dieser Versuch nicht gelingen, teilt der Versicherte der Gesellschaft die Beweiselemente und/oder die Argumente mit, auf denen der Prozess aufbauen soll, damit die Gesellschaft die Erfolgsaussichten prüfen kann. Fällt diese Bewertung positiv aus, wird die Bearbeitung des Streitfalles dem gemäß Art. 9 gewählten Rechtsanwalt übergeben.
3. **Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die Erfolgsaussichten einer Rechtsmitteleinlegung gegen ein ergangenes Urteils jeder Instanz zu bewerten, bevor sie die Deckung der Kosten für weitere Instanzen zusichert.**
4. **Die in der Police vorgesehenen Leistungen sind nur dann wirksam, wenn die Gesellschaft die Deckung der Kosten für eine vergleichsweise Regelung und/oder für die Ernennung der Parteigutachter im Voraus bestätigt hat.**
5. Bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft kann die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet; dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, sofern keine Einigkeit erzielt wird, vom Präsidenten des gemäß Zivilprozessordnung zuständigen Landgerichts ernannt. Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedsspruches. Alternativ dazu können die Gerichtsbehörden angerufen werden, nachdem der Mediationsversuch durchgeführt wurde.

Art. 11 – Beitreibung von Geldbeträgen, die von der Gesellschaft vorgestreckt wurden

Hat die Gesellschaft sie vorgestreckt, stehen ihr die Honorare und Kosten zu, die dem Versicherten aufgrund einer gerichtlichen Verfügung oder im Rahmen eines Vergleichs von der Gegenpartei erstattet werden. Immer dann, wenn eine Entschädigung gezahlt wird, behält die Gesellschaft sich die Ausübung des Eintrittsrechts vor.



Art. 12 – Gleichzeitiges Bestehen einer Haftpflichtversicherung

Im Rahmen der Versicherungsleistungen und der eventuell erworbenen Zusatzversicherungen wirkt die vorliegende Police im Zweitrisko, wenn eine andere, von wem auch immer abgeschlossene Versicherung besteht, welche die Haftpflicht des Versicherten gemäß Art. 1917 des italienischen ZGB abdeckt.

Art. 13 – Örtlicher Geltungsbereich

Die Versicherungsleistungen gelten für Schadensfälle, die in einem der folgenden Länder eingetreten sind und dort den zuständigen Gerichtsstand haben:

- in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten, wenn es um Strafverteidigung, um Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten und um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter geht;
- in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino, wenn es um Amtshaftung und um Streitigkeiten in verwaltungsrechtlichen Fragen sowie um Vertragsstreitigkeiten mit den Kunden geht (**SOLO PER CONDIZIONE AGGIUNTIVA CONTRATTUALE**);
- in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein, wenn es um die Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit und um Vertragsstreitigkeiten zu arbeitsrechtlichen Fragen, mit Lieferanten und mit Versicherungsgesellschaften / und um Vertragsstreitigkeiten zu arbeitsrechtlichen Fragen, mit Lieferanten, mit Versicherungsgesellschaften und um dingliche Rechte geht (**SOLO PER CONDIZIONI AGGIUNTIVE**).

Art. 14 – Indexierung - Anpassung von Höchstbetrag und Prämie

1. Der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie beruhen auf dem "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte", der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Dabei gilt:

- a) Ausgangsbasis und Grundlage für die Anpassung im Laufe eines jeden Kalenderjahres ist der Index des Monats September des Vorjahres;
- b) ist bei Fälligkeit der Jahresprämie eine Veränderung nach oben oder unten im Vergleich zum Anfangsindex oder seinem Äquivalent zu verzeichnen, so werden der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie proportional angehoben bzw. herabgesetzt;
- c) Anhebung oder Herabsetzung erlangen mit Fälligkeit der Jahresprämie Gültigkeit.

2. **Sollten infolge der Indexveränderung der Höchstbetrag und die Prämie das Doppelte der anfangs festgelegten Beträge übersteigen, so können sowohl die Gesellschaft als auch der Versicherungsnehmer auf die Anpassung der Police verzichten, und der Höchstbetrag und die Prämie bleiben auf dem Stand der letzten Anpassung.**

3. Sollte die Veröffentlichung der Indizes verspätet erfolgen oder ausbleiben, so schlägt die Gesellschaft eine Anpassung entsprechend der allgemein bekannten Preisänderungen seit der zuletzt durchgeführten Anpassung vor.

Art. 15 – Versicherte

Die Leistungen gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung werden für den Personenverein und seine Leitung erbracht. Wenn es ausdrücklich auf dem Deckblatt der Police angegeben ist und wenn die entsprechende Prämie bezahlt wurde, werden die Leistungen auf die Beschäftigten, die Mitarbeiter und die Mitglieder bzw. Freiwilligen ausgedehnt.

Im Falle von Streitigkeiten zwischen Versicherten mit derselben Police werden die Leistungen ausschließlich zugunsten des Versicherungsnehmers erbracht, in Abweichung zu Art. 19 – Ausschlüsse, Buchstabe i).

Art. 16 – Informationspflichten zu Lasten des Versicherungsnehmers

1. Wird der Versicherungsschutz auf die Mitarbeiter, Mitglieder und Freiwilligen erweitert, **verpflichtet sich der Versicherungsnehmer, bei der ersten Gelegenheit und auf angemessene Weise die Versicherten über das Bestehen und den Gegenstand der Versicherung, über den Namen der Gesellschaft, über die Möglichkeiten zur Konsultation der Versicherungsbedingungen sowie über das Verfahren zur Regulierung der Versicherungsleistungen zu informieren. Der Versicherungsnehmer ist weiter verpflichtet, die Versicherten über die eventuellen Veränderungen der Informationen aus der vorliegenden Police auf dem Laufenden zu halten, die nach Abschluss der Police vorgenommen werden sollten, auch aufgrund geänderter Gesetzesbedingungen.**

Art. 17 – Wirksamkeit der Police

Die Leistungen gemäß nachfolgendem Art. 18 werden für die Versicherten **ausschließlich im Rahmen der Tätigkeit bzw. der Zielsetzung des Versicherungsnehmers gemäß Gründungsakt und Satzung erbracht.**

Art. 18 – Versicherungsleistungen

Der Versicherungsschutz gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung – gilt für:

1. **Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und/oder Zuwiderhandlungen.**
2. **Strafverteidigung in Verfahren wegen Vorsatzdelikten**, einschließlich steuer- und verwaltungsrechtlicher Verstöße, sofern die Versicherten mit einem rechtskräftigen Beschluss freigesprochen werden (Art. 530 Absatz 1 der italienischen Strafprozessordnung) oder sofern die Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit umformuliert wird oder bei Einstellung des Verfahrens wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand. Ausgeschlossen ist die Straftatlöschung aus jeglichem anderen Grund.

Unbeschadet der Pflicht der Versicherten, den Schaden bei Zustellung der ersten Mitteilung über die Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen gegen sie zu melden, streckt die Gesellschaft während des Verfahrens keine Beträge vor und erstattet die angefallenen Verteidigungskosten, sobald ein rechtskräftiges Urteil vorliegt.

Falls das Urteil letztendlich, auch infolge Einstellung und anschließender Wiederaufnahme des Verfahrens, nicht auf Freispruch oder Abstufung des Deliktes von Vorsatz auf Fahrlässigkeit lautet, fordert die Gesellschaft vom Versicherungsnehmer die Rückerstattung sämtlicher Kosten, die sie eventuell für seine Verteidigung in sämtlichen Instanzen vorgestreckt hat.

Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 – Ausschlüsse – Buchstabe h).

Die Versicherungsleistungen gemäß Absatz 1 und 2 des vorliegenden Artikels wirken mit denselben Modalitäten und Bedingungen auch, um die Freigabe beschlagnahmter beweglicher und unbeweglicher Güter zu erhalten, die dem Versicherungsnehmer gehören und die im Rahmen von Strafverfahren für Fahrlässigkeitsdelikte/Zuwiderhandlungen oder für Vorsatzdelikte zu Lasten der versicherten Person oder Dritter einer erhaltenden, beweisführenden oder gerichtlichen Beschlagnahme unterzogen wurden, sofern die besagten Güter für die Fortsetzung der versicherten Tätigkeit unverzichtbar sind.

3. **Beantragung von Schadenersatz** für außervertragliche Sach- oder Personenschäden aus unerlaubter Handlung Dritter, auch im Falle von Beitritt als Nebenkläger im Rahmen von Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei.

4. **Abwehr von Ersatzansprüchen für außervertragliche, Dritten zugefügte Schäden**, sofern gemäß Art. 1917 des ZGB die Pflichten des Haftpflichtversicherers erfüllt sind. Voraussetzung für das Eingreifen der Gesellschaft ist auf jeden Fall das Bestehen und die effektive Wirksamkeit einer gültigen Haftpflichtversicherung. **Der Versicherungsschutz wirkt deshalb im Zweitrisiko, d.h. nachdem die Pflichten des Haftpflichtversicherers für Abwehr- und Unterliegenskosten in den Fällen, die durch die Haftpflichtversicherungspolice abgedeckt sind, erfüllt wurden. In allen anderen Fällen, d.h. wenn keine Haftpflichtversicherungspolice besteht oder wenn die bestehende nicht wirksam ist oder wenn sie aus irgendeinem Grund die Abwehrkosten nicht teilweise oder ganz übernimmt, ist die vorliegende Leistung nicht wirksam.**

5. **Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit** gemäß Art. 1917 Absatz 4 des italienischen ZGB.

Der Versicherungsschutz wird nur für die Anwaltskosten zur Abfassung der Schrift zur Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft und mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 1.000 (eintausend) gewährt.

Die Beziehung zum Rechtsstreit ist nicht abgedeckt, wenn die Haftpflichtversicherungspolice nicht aktiviert werden konnte:

- weil die Prämie nicht bezahlt oder die Prämienanpassung nicht vorgenommen wurde;
- weil der Schaden nicht rechtzeitig gemeldet wurde;
- weil der gemeldete Sachverhalt nicht abgedeckt war.

Die Gesellschaft behält sich die Möglichkeit vor, vom Versicherungsnehmer / Versicherten die Dokumentation anzufordern, anhand derer sich die obigen drei Punkte nachprüfen lassen. Sollte einer dieser Fälle festgestellt werden, nachdem die Gesellschaft die Anwaltskosten bereits bezahlt hat, ist der Versicherungsnehmer / Versicherte verpflichtet, der Gesellschaft sämtliche vorausbezahlten Kosten zurückzuerstatten.

6. **Einsprüche gegen die öffentliche Verwaltung** infolge von Löschung oder ausbleibender Eintragung des Versicherungsnehmers aus bzw. ins Verzeichnis der Vereine. **Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 Ausschlüsse, Buchstabe b) für Streitigkeiten in Verwaltungssachen.**

7. **Amtshaftung, Rechnungshaftung und Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder für Verfahren vor dem Rechnungshof.** Versichert sind die Kosten für die Verteidigung in Verfahren und bei Klagen gegen den Versicherungsnehmer und seine Leitung im Zusammenhang mit der Amtshaftung, der Rechnungshaftung und der Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder, sofern kein Dritter verpflichtet ist.

Die Gesellschaft erstattet auch die eventuell in der einleitenden Phase des Verfahrens angefallenen Kosten. Der Versicherungsschutz wirkt bereits vor Ausstellung der Ladung mit Klageerhebung, bei Aufforderung zur Beweisführung, einer persönlichen Anhörung und einer Beschlagnahme als Sicherstellungsverfahren.

Werden die Rechtskosten im Urteil festgelegt, so erstattet die Gesellschaft den dort angegebenen Betrag.



Unbeschadet der Pflicht **des Versicherten**, den Schadensfall mit den in obigem Art. 8 beschriebenen Modalitäten zu melden, streckt die Gesellschaft auf einen begründeten Antrag hin die Anwalts- und/oder Gutachterkosten, **bis zu maximal € 5.000,00 (fünftausend)** vor, **solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht.**

Der Versicherte verpflichtet sich, der Gesellschaft jeden eventuell vorgestreckten Betrag zu erstatten, falls ihm gegenüber mit einem rechtskräftigen Urteil Elemente der Haftung wegen Vorsatz festgestellt werden.

Dieser Versicherungsschutz wirkt in teilweiser Abweichung von Art. 19 – Ausschlüsse – Buchstabe b) in Verwaltungssachen.

8. Sicherheitspaket. Im Falle von Beanstandung einer Nichteinhaltung der Pflichten und Auflagen aus den im Folgenden genannten gesetzlichen Bestimmungen, gelten die in Art. 1 – Gegenstand der Versicherung – genannten Versicherungsleistungen:

- a) für die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen;
- b) für die Verteidigung in Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung oder fahrlässiger Körperverletzung (Art. 589 – 590 des italienischen Strafgesetzbuches);
- c) für die Einlegung von Einspruch oder von Rechtsmitteln gegen verwaltungsbehördliche Verfügungen, gegen verwaltungsrechtlich verhängte Geldstrafen **in Höhe von mindestens € 250,00 (zweihundertfünfzig)** und gegen sonstige verwaltungsrechtliche Sanktionen.

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in teilweiser Abweichung von Art. 19 - Ausschlüsse - Buchstabe b) in Verwaltungssachen.

8.1 Gesetzesverordnung 81/2008 und Gesetzesverordnung 106/2009 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz:**

Die Leistungen werden zum Schutz der Rechte der Versicherten erbracht in ihrer Eigenschaft als:

- *Verantwortlicher der Arbeiten*
- *Koordinator für die Planung*
- *Koordinator für die Durchführung der Arbeiten*
- *Gesetzliche Vertreter*
- *Führungskräfte*
- *Leiter*
- *Zuständiger Arzt*
- *Verantwortliche für Prävention*
- *Arbeitnehmer.*

Diese Personen sind nur für die Tätigkeiten versichert, die sie beim Versicherungsnehmer durchführen.

Der Versicherungsschutz gilt auch, wenn der Versicherungsnehmer, im Zusammenhang mit der durchgeführten Tätigkeit, *Auftraggeber* für die Arbeiten gemäß GVO 81/08 und gemäß der ergänzenden und korrigierenden Bestimmungen aus der GVO 106/2009 ist.

8.2 Gesetzesverordnung 193/07 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Lebensmittelsicherheit.**

8.3 Gesetzesverordnung 152/06 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Umweltschutz.**

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in teilweiser Abweichung von Art. 19 - Ausschlüsse - Buchstabe g).

8.4 Gesetzesverordnung 196/03 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Datenschutz.**

Die Leistungen werden zum Schutz der Rechte der Versicherten erbracht in ihrer Eigenschaft als:

- Inhaber der Datenverarbeitung;
- Verantwortliche und Sachbearbeiter der Datenverarbeitung.

Der Versicherungsschutz gilt auch für:

- die Verteidigung in Strafverfahren wegen Vorsatzdelikten, die in der GVO Nr. 196/03 vorgesehen sind, mit den Modalitäten, wie sie in Punkt 2 des vorliegenden Artikels beschrieben sind. **Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 – Ausschlüsse - Buchstabe h);**
- Verteidigung vor dem Garanten im Falle von Reklamationen, Meldungen und Eingaben. **Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 – Ausschlüsse - Buchstabe b) in Verwaltungssachen;**
- Verteidigung vor den zuständigen Zivilgerichtsbehörden **sofern die Verpflichtungen des Haftpflichtversicherers gemäß Art. 1917 des italienischen ZGB erfüllt wurden. Der Versicherungsschutz wirkt deshalb im Zweitrisiko, d.h. nachdem die Pflichten des Haftpflichtversicherers für Abwehr- und Unterliegenskosten in den Fällen, die durch die Haftpflichtversicherungspolice abgedeckt sind, erfüllt wurden. In allen anderen Fällen, d.h. wenn keine Haftpflichtversicherungspolice besteht oder wenn die bestehende nicht wirksam ist oder wenn sie aus irgendeinem Grund die Abwehrkosten nicht teilweise oder ganz übernimmt, ist die vorliegende Leistung nicht wirksam.**

8.5 Gesetzesverordnung 231/2001 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen.

Der Versicherungsschutz gilt für die Kosten, die getragen werden:



- vom **Versicherungsnehmer** für die Verteidigung in Verfahren zur Feststellung von verwaltungsrechtlichen Vergehen, die aus einer Straftat gemäß GVO 231/01 herrühren;

- **von den Subjekten gemäß Art. 5** der GVO 231/01, auch wenn sie nicht beim Versicherungsnehmer angestellt sind, für die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten, wie sie in der GVO 231/01 vorgesehen sind. **Für Vorsatzdelikte gilt der Versicherungsschutz** wie in Punkt 2 des vorliegenden Artikels beschrieben.

Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, **die innerhalb einer Frist von 24 (vierundzwanzig) Monaten auftreten, nachdem die Versicherten** ihre im vorliegenden Artikel genannten Funktionen/Ämter **beendet haben** oder aus dem versicherten Verein ausgeschieden sind.

Art. 19 – Ausschlüsse

Kein Versicherungsschutz besteht:

- a) für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht;
- b) in Steuer- und Verwaltungssachen;
- c) für Ereignisse, die in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen stehen;
- d) für Streitigkeiten um Patent-, Marken-, Urheber-, Exklusivrechte, unlauteren Wettbewerb;
- e) für die Bezahlung von Geldstrafen, Geldbußen und Sanktionen im Allgemeinen;
- f) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme und dem Eigentum oder dem Lenken von Fahrzeugen zu Land, Wasser oder Luft;
- g) für nicht zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung;
- h) für vorsätzlich begangene Straftaten der Versicherten, es sei denn, es ist in den Versicherungsbedingungen vorgesehen;
- i) für Streitigkeiten zwischen Versicherten
- j) für Sachverhalte im Zusammenhang mit Fusionen, Veränderungen oder Umstellungen von Gesellschaften;
- k) für Vertragsstreitigkeiten mit Kunden wegen Nichterfüllung einer der Parteien bezüglich Dienstleistungen oder Warenlieferungen, die vom Versicherungsnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit erbracht werden;
- l) für Kaufverträge für und Inzahlungnahme von Immobilien;
- m) für Streitigkeiten über Miete, Eigentum, Verwendung und Werklieferungs- oder Weitervergabeverträge im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, der Umstrukturierung und dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der damit zusammenhängenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen;
- n) für Streitigkeiten aus der Ausübung des Ärzteberufs oder anderer Gesundheitsberufe;
- o) bei Beitritt zu einer Sammelklage (Class action);
- p) für Streitigkeiten mit der Gesellschaft;
- q) für Strafverteidigung wegen Missbrauchs Minderjähriger;
- r) für Streitigkeiten zwischen dem Versicherungsnehmer und Versicherten über die Zahlung der Mitgliedsbeiträge;
- s) für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.

Art. 20 – Zusatzbedingungen

Die Zusatzbedingungen gelten nur, wenn es ausdrücklich auf dem Titelblatt der Police angegeben ist und wenn der entsprechende Prämienzuschlag bezahlt wurde.

Vertragsstreitigkeiten

Die Leistungen aus dieser Zusatzbedingung werden ausschließlich für den Versicherungsnehmer für Vertragsstreitigkeiten **im Zusammenhang mit der Vereinstätigkeit** in folgenden Fällen erbracht:

- 1. Arbeitsrechtliche Einzelstreitigkeiten** mit den Personen, die ins Arbeitsbuch des Versicherungsnehmers eingetragen sind, **unbeschadet der Bestimmungen aus Art. 12 - Gleichzeitiges Bestehen einer Haftpflichtversicherung.**
- 2. Vertragsstreitigkeiten mit Lieferanten** von Gütern und Dienstleistungen wegen vertraglicher Nichterfüllung, seitens des Versicherungsnehmers oder der Gegenpartei, sofern der **Streitwert über € 200,00 (zweihundert)** liegt.
- 3. Vertragsstreitigkeiten mit den Versicherungsgesellschaften** bezogen auf von dem Versicherungsnehmer abgeschlossene Versicherungspolice, **sofern der Streitwert über € 500,00 (fünfhundert)** liegt.
- 4. Vertragsstreitigkeiten mit den Kunden**, einschließlich Beitreibung von Forderungen, im Zusammenhang mit der Lieferung von Gütern oder der Erbringung von Dienstleistungen **durch den Versicherungsnehmer.**



Was die Eintreibung von Forderungen anbelangt, so dürfen die entsprechenden Dienstleistungen oder Lieferungen frühestens **3 (drei) Monate nach Inkrafttreten der vorliegenden Police** erbracht worden sein **und die Forderungen müssen durch vollstreckbare Titel belegt (Art. 474 der italienischen Zivilprozessordnung) oder anderweitig durch einen schriftlichen oder gleichwertigen Beleg dokumentiert sein (Art. 634 und 636 der italienischen ZPO)**. Nach Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Schadensmeldung **führt die Gesellschaft auf außergerichtlichem Wege** direkt oder mit Hilfe **von ihr gewählter** Freiberufler **jegliche Maßnahme** zur Erzielung einer Einigung zur Beitreibung der Forderungen **durch. Der hier beschriebene Versicherungsschutz wird begrenzt auf 2 (zwei) außergerichtliche Fälle in jedem Versicherungsjahr erbracht.** Bleibt der außergerichtliche Versuch bzw. der Versuch zur gütlichen Beilegung erfolglos, **so ist die nachfolgende gerichtliche Phase von der Versicherung nicht abgedeckt.** Der hier beschriebene Versicherungsschutz gilt für Streitfälle, die **in der Europäischen Union und in der Schweiz bearbeitet werden müssen, in Abweichung von Art. 19 – Ausschlüsse - Buchstabe k) und zu Art. 13 – Örtlicher Geltungsbereich.**

Geschäftsstellen / Immobilien des Versicherungsnehmers

Die Leistungen aus dieser Zusatzbedingung werden ausschließlich für den Versicherungsnehmer im Zusammenhang mit den **in der Police angegebenen Immobilien, die ausschließlich zur Ausübung der Vereinstätigkeit benutzt werden**, in folgenden Fällen erbracht:

- 1. Beantragung von Schadenersatz** für außervertragliche Schäden, die an den Immobilien durch unerlaubte Handlungen Dritter entstanden sind. **Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 Ausschlüsse, Buchstabe f).**
- 2. Verteidigung in Strafverfahren** wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen.
- 3. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Miete, Eigentumsrechten und anderen dinglichen Rechten.** **Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 19 Ausschlüsse, Buchstabe m).**

